www.gew-bass.de

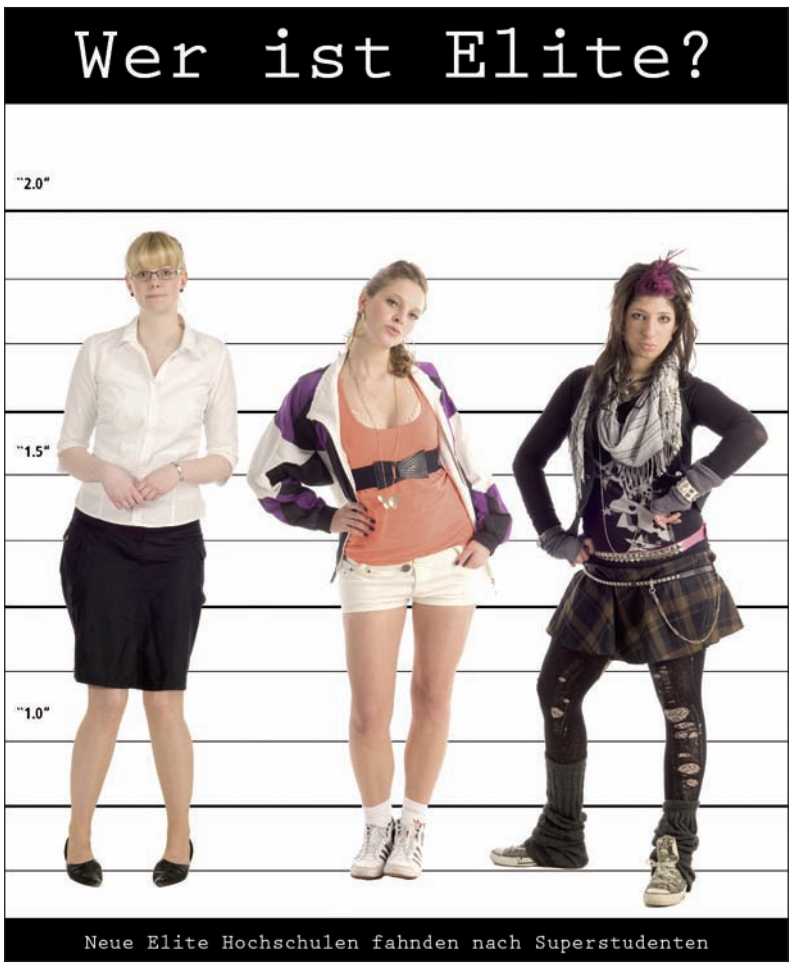
read.me

Zeitung für Studierende

Wintersemester 2009/2010

GEW STUDIS
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Seite 1 Gnadenakt statt Rechtsanspruch?
Seite 2 Bildungsstreik reloaded?
Seite 3 Studentische Beschäftigung – ein Traumjob? Doktorwürde oder Bürde?
Seite 4 Bologna zwischen Schwarzwald und Zwiebelkuchen
Seite 5 …und wer hütet die Kinder? Mobilität trotz oder wegen Bologna?
Seite 6 Yes We Can Organisationen unter Anpassungsdruck
Seite 7 Studierende und Hartz IV – Sozialleistungen für Studierende Selbsthilfe und Solidarität – Studentenwerke in Deutschland
Seite 8 Wer ist die GEW? Und was hat das mit mir zu tun? GEW Seminare für Studentinnen und Studenten



23. Plakatwettbewerb „Elite! Für alle?" des Deutschen Studentenwerks 2008/2009. Hier der 2. Preis „Wer ist Elite?", Eva Werner, Fachhochschule Trier

„Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern", lautet das Motto des neuen wissenschaftspolitischen Programms der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Der Gewerkschaftstag in Nürnberg hat das Papier am 28. April 2009 beschlossen. Das neue wissenschaftspolitische Programm ist Leitbild für eine alternative Entwicklung von Hochschule und Forschung – alternativ zum dominanten Leitbild einer „unternehmerischen Hochschule".

In dieser read.me dokumentieren wir ausgewählte Aussagen aus dem GEW-Programm

Der neue Koalitionsvertrag

Gnadenakt statt Rechtsanspruch?

Eigentlich könnten sich Studentinnen und Studenten entspannt zurücklehnen: Seit der Föderalismusreform von 2006 hat der Bund so gut wie keine Kompetenzen mehr in der Hochschulpolitik. Bildung und Wissenschaft sind ganz überwiegend Ländersache. Wie der Deutsche Bundestag zusammengesetzt ist und welche Parteien die Bundesregierung stellen, ist doch nicht mehr wichtig, oder?

Ein Trugschluss: Eine wichtige Kompetenz ist beim Bund geblieben – die Regelung der Ausbildungsförderung. Liest man den neuen Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP, stößt man bald auf die Formulierung, dass die Regierungsparteien das BAföG „sichern und weiterentwickeln" wollen. Das klingt erst mal gut, denn eine Weiterentwicklung des BAföG ist überfällig: Gerade mal 25 Prozent der Studierenden beziehen überhaupt noch BAföG-Leistungen, zwei Drittel der Studierenden müssen – auch während der Vorlesungszeit – jobben, um sich den Lebensunterhalt zu sichern. Eine „strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung" hin zu einem „elternunabhängigen Studienhonorar" fordert daher die Bildungsgewerkschaft GEW in ihrem neuen wissenschaftspolitischen Programm. Doch was haben Union und FDP vor? Von einer konkreten Änderung des BAföG ist keine Rede. Nicht einmal der gemeinsame Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) wird aufgegriffen: die Altersgrenze in der Ausbildungsförderung in einem ersten Schritt von derzeit 30 auf 35 Jahre anzuheben, um das BAföG bolognatauglich zu machen. Denn die Altersgrenze gilt auch für alle, die nach dem Bachelor und einem Auslandsaufenthalt oder einer praktischen Tätigkeit ihre Ausbildung mit dem Masterstudium fortsetzen wollen. Die neue Koalition möchte die über 30-Jährigen auf Bildungskredite verweisen, die mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden müssen.

Statt die überfällige Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge im BAföG anzugehen, die in den letzten acht Jahren ein einziges Mal angepasst wurden, wird im Koalitionsvertrag von einem „nationalen Stipendienprogramm" fabuliert. Stipendium, das klingt ja erst mal sympathisch. Der Haken an der Sache: Es geht um gerade mal 300 Euro im Monat, die „ausschließlich nach Begabung" vergeben werden sollen. Die neue Regierungskoalition will damit einen Paradigmenwechsel einleiten: weg vom Rechtsanspruch auf bedarfsdeckende Ausbildungsförderung als Ausdruck eines Menschenrechts auf Bildung hin zum Zubrot, der willkürlich als Gnadenakt gewährt wird.

Vorerst bleiben aber selbst diese bescheidenen Stipendien eine Luftnummer. Die Hälfte des Geldes sollen die Hochschulen bei der Wirtschaft einwerben, die schon bisher mit Fördermitteln geizte. Und: Ob am Ende eher die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen oder die Westsächsische Hochschule Zwickau beim Klinkenputzen Erfolg hat, ist ebenfalls fraglich. Universitäten mit „Exzellenz"-Status und einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld, könnten künftig nicht nur bessere Studien- und Forschungsbedingungen, sondern auch noch zusätzliche Stipendien bieten. Mit dem Verfassungsgrundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland hat das dann nichts mehr zu tun.

Im internationalen Vergleich trägt Deutschland schon lange die rote Laterne. Während im Durchschnitt aller Industrieländer über 55 Prozent eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es in Deutschland immer noch weniger als 40 Prozent. Und nirgendwo ist der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland: 83 von 100 Kindern aus Akademikerfamilien nehmen ein Studium auf, bei Nichtakademikerfamilien sind es nur 23 von 100. Dabei braucht Deutschland in Zukunft nicht etwa weniger, sondern deutlich mehr gut ausgebildete AkademikerInnen – darauf weisen regelmäßig die Untersuchungen „Bildung auf einen Blick" der OECD hin. Wer aber die Studienanfängerquote in Deutschland steigern und die Chancengleichheit verbessern möchte, muss sich für eine soziale Öffnung der Hochschulen stark machen – durch eine leistungsfähige Ausbildungsförderung für alle.

Dr. Andreas Keller, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW

Die GEW beharrt auf ihrer Forderung nach einer bedingungslosen Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums und fordert eine strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung, die perspektivisch zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln ist. Die Ausbildungsförderung muss bereits in der Sekundarstufe I ansetzen und ist um eine wirksame soziale Infrastruktur an den Hochschulen zu ergänzen.

aus dem wissenschaftspolitischen Programm der GEW

Der heiße Sommer und seine Folgen

Bildungsstreik reloaded?

Der „Bildungsstreik 2009“ war ein toller Erfolg – kaum ein Außenstehender hatte eine derartig starke Beteiligung erwartet. Und der Bildungsstreik zeigte Wirkung: Nachdem Bundesbildungsministerin Schavan den Protest von Studierenden, SchülerInnen und MitarbeiterInnen der Bildungseinrichtungen zunächst noch als „gestrig“ bezeichnet hatte, sah sie sich bald gezwungen, die Protestierenden nach Berlin einzuladen.

Entscheidender als solche symbolischen Gesten jedoch ist die Tatsache, dass zahlreiche Missstände, auf die während des einwöchigen Streiks hingewiesen worden war, plötzlich auf der politischen Agenda stehen. Damit gelang die Thematisierung von Problemen im Bildungsbereich, die jahrelang unter dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit (der Hochschulen, der AbsolventInnen, der Bundesrepublik) an den Rand der politischen Debatten gedrängt und kaum beachtet worden waren.
Studienzeitverlängerungen beim Bachelor stehen nun auf der Tagesordnung, der Übergang von Bachelor zum Master soll geöffnet werden, ohne viel mediales Echo werden die Studiengebühren im Saarland in Frage gestellt. Die Probleme des Abiturs nach 12 Jahren sind ebenfalls Thema, wenngleich (noch) nicht im wünschenswerten Ausmaß. Kurzum: Dank des Bildungsstreiks ist Bewegung in so manche Debatte gekommen und so manches Feld ist politisch eröffnet worden.

Ziele formulieren

Nur: wo ist die Agenda der Streikenden? Natürlich, die Streikenden wollen die Bildungsprozesse entschleunigen, nicht ständig im Wettbewerb um die besten Noten (zwecks Übergang in den Master) stehen und sie wollen ein Recht auf Bildung anstelle einer sich verschärfenden sozialen Selektion. Das ist zweifelsohne alles richtig und wichtig. Es reicht jedoch nicht, um auf dem eröffneten Feld zu bestehen. Vielmehr gelte es, die bevorstehende Reform der Bolognareform aktiv zu nutzen. Es müsste eine Praxisbegriff entwickelt werden, der einerseits der verkürzten „Employability“ entgegensteht, andererseits aber den Ansprüchen praxisnäherer Schichten entgegenkommt. Es müsste eine Debatte geführt werden, wie die Versäulung von beruflicher und akademischer Bildung überwunden und tatsächliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen hergestellt werden kann. Und es ist zu diskutieren, wie man den Hochschulzugang selbst und den Übergang in den Master geöffnet bekommt.
Dies heißt auch: Es muss von studentischer Seite zu einer Abkehr vom elitären Bildungsverständnis kommen, nachdem nur ein Abitur eine „richtige“ Hochschulzugangsberechtigung ist – und man wird sich mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass der Hochschulraum ein anderer sein wird, wenn tatsächlich Gelernte mit einer erheblichen Berufserfahrung in größerer Zahl an die Hochschulen kommen. Was heißt das aber dann für Bildung, Praxisnähe und wissenschaftliche Unabhängigkeit? Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung von Gender-Aspekten – die derzeitige Datenlage erlaubt den Schluss, dass sich Frauen erheblich öfter mit dem Bachelor „begnügen“ (müssen) als Männer – und einer stärkeren Beteiligung der Lernenden an den Lernformen sind zu entwickeln. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.
Sicher, das ist viel verlangt von einer Streikbewegung, aber es geht schließlich auch um viel. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat mit ersten Beschlüssen begonnen, die durch den Bildungsstreik entstandenen Spielräume politisch zu nutzen. Als Teil des Bildungsstreiks ist dies auch legitim, es fehlen jedoch entscheidende Impulse aus Studierenden- und SchülerInnenschaften. Die Lösung der Probleme ist dabei ein Prozess, der organisiert werden muss. Hierzu sind Ziele zu formulieren und dann beharrlich einzufordern. Die seltene Chance, von der eigenen Agenda auch etwas durchzusetzen haben sich die Streikenden selbst erarbeitet – es wäre fahrlässig, diese Chance nun nicht zu nutzen.

Soziale Öffnung

Der Bildungsstreik hat auch Konservative auf den Plan gerufen, die ihrerseits die Debatte zu beeinflussen versuchen. Manche ProfessorIn sieht die Chance, den Status quo ante zu restaurieren, indem der Bologna-Prozess als Ganzes in Frage gestellt wird. Hier sind die Ziele klar: Zurück zur alten Ordinarienuniversität mit einer sozial homogenen Studierendenschaft, nicht soziale Öffnung, nicht ein sinnvoller Praxisbezug. Guido Westerwelle wirbt fleißig für ein Stipendienprogramm für die „besten“ zehn Prozent. Mit Öffnung des Bildungssystems hat das nichts zu tun.
Zweifelsohne, der Streik war gut – aber das reicht nicht. Daher ist dringend eine Schärfung der Agenda von Studierenden und SchülerInnen notwendig. Sie müssen artikulieren, wie sich das Bildungssystem entwickeln soll und welche Erwartungen sie an die Hochschulen haben. Wenn es dabei gelingt, die Notwendigkeiten der Umstellung der Hochschulen mitzudenken, die eine Öffnung des Bildungssystems begleiten muss, dann wäre einiges erreicht. Andernfalls kommt der nächste Streik, der nächste Kongress, das nächste Event. Und doch droht das Schicksal der Vorgänger „Lucky Strike“ und „UniMUT“: Schöner Erfolg – aber leider ohne nennenswerte Konsequenzen in der Bildungspolitik.

Klemens Himpele,
Diplom-Volkswirt,
Mitglied des Beirats des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Tarifvertrag mit Lücken

Studentische Beschäftigung – ein Traumjob?

Alle Beschäftigten an staatlichen Hochschulen und in Bibliotheken werden nach Tarifvertrag bezahlt und fallen unter den Schutz eines Personalrates. Alle? Nicht alle. Eine kleine Gruppe wird davon ausgespart: die studentischen Beschäftigten an Hochschulen. Diese „kleine" Gruppe besteht aus bundesweit rund 200.000 Studierenden, die Geld mit einem Job an der eigenen Hochschule verdienen.

Dass dies nicht so einfach ist, zeigen die realen Arbeitsbedingungen: Kurze Vertragslaufzeiten von einem Semester und sogar weniger, oft kein bezahlter Urlaub, geschweige denn Urlaubsgeld, kaum Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Doch diese Rechte stehen euch zu! Stundenlöhne von unter 5 Euro sind an der Tagesordnung.
Die studentischen Hilfskräfte sind nicht im Tarifvertrag verankert, sondern sind quasi nur eine „Randnotiz" im Tarifvertrag der Länder (TVL). Damit sind die studentischen Beschäftigen von allen Lohnentwicklungen im Sinne eines Inflationsausgleichs ausgeschlossen. Die Mieten, Energiepreise und die Kosten für das Studium steigen trotzdem.

Das muss nicht sein!

Strahlendes Beispiel ist Berlin: Dort existiert seit 1981 ein eigener Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Die Studierenden haben nach langen Tarifkämpfen sich diesen Tarifvertrag mit einer ordentlichen Bezahlung erstritten. Das zeigt, dass es auch anders geht: Neben einem einheitlichen Stundenlohn von 10,98 Euro (inklusive Urlaubsgeld) für alle studentischen Beschäftigten werden alle Verträge für mindestens zwei Jahre mit wenigstens 10 Stunden pro Woche geschlossen.

Aktiv für gute Arbeitsbedingungen für Studierende

Die GEW, die den Tarifvertrag für die übrigen Beschäftigten an den Hochschulen mit den Ländern mit aushandelt, fordert eine Einbeziehung der studentischen Beschäftigten in den Geltungsbereich des Tarifvertrages. Bisher war es nicht möglich die studentischen Beschäftigten mit in den Tarifvertrag aufzunehmen. Zum einen scheiterte dies am Widerstand der Hochschulen, zum anderen haben sich die Studierenden nicht sichtbar und lautstark genug für dieses Ziel eingesetzt.

Aktiv im Wintersemester

Im Frühjahr 2009 hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf Druck der Aufnahme von Tarifgesprächen über die Einbeziehung der studentischen Beschäftigten und wissenschaftlichen Hilfskräfte in den Tarifvertrag zugestimmt. Die GEW wird jetzt darauf pochen, dass diese Gespräche bald aufgenommen werden.

Was kannst du tun?

Wenn du willst, dass die studentischen Beschäftigten ordentliche Bezahlung für ordentliche Arbeit bekommen, dann engagiere dich jetzt und kämpfe mit für gerechte Eingruppierung der Studierenden. Nimm an den Aktionen teil und solidarisiere dich mit den protestierenden und streikenden GewerkschafterInnen!

Marco Unger, Sprecher des Landesausschusses der GEW-Studierenden Sachsen,

mehr Infos zum Thema findest du unter www.wissenschaft.gew.de

Der Geltungsbereich der Personalvertretungsgesetze muss auf das gesamte Personal unter Einschluss der studentischen Beschäftigten ausgedehnt werden.
Die GEW steht zum Grundsatz des Flächentarifvertrages für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und fordert die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf alle Beschäftigtengruppen einschließlich der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftlichen Hilfskräfte und studentischen Beschäftigten.

aus dem wissenschaftspolitischen Programm der GEW

Die Studierenden in der GEW fordern:

- *Eine tarifliche Absicherung aller studentischen Beschäftigten im Tarifvertrag der Länder an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen nach Vorbild des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte.*
- *Eine maßgebliche Anhebung der Entlohnung und Anpassung an die Lohnentwicklungen des öffentlichen Dienstes. Damit die wichtige und unverzichtbare Arbeit der studentischen Hilfskräfte auch adäquat entlohnt wird.*
- *Eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit in Ost und West sowie Universität und Fachhochschule. Es gibt keinen Grund warum hier in der Entlohnung differenziert wird.*
- *Keine Anrechnung der Arbeitszeit während des Studiums auf eine spätere wissenschaftliche Karriere im Sinne des Wissenschaftstarifvertragszeitgesetzes*
- *Längere Mindestvertragslaufzeiten für mehr Planungssicherheit bei Studierenden*
- *Durchsetzung und Sicherung der Rechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle sowie des Urlaubsanspruch*

Wege zur Promotion

Doktorwürde oder Bürde?

Viele, oft steinige Wege führen zum Doktortitel. In Deutschland promovieren die meisten DoktorandInnen individuell, d. h. sie werden durch einen „Doktorvater"/eine „Doktormutter" an dessen/ihrem Lehrstuhl betreut (als MitarbeiterIn, StipendiatIn usw.). Einen Großteil der Promovierenden bilden immer noch die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen.

Der Vorteil einer WiMi-Stelle im universitären Bereich ist die Absicherung hinsichtlich der gesetzlichen Sozialversicherung. Neben den Dienstleistungsaufgaben (z.B. im Lehrbetrieb, Forschungsverantwortlichkeiten, Verwaltungsaufgaben) wird die wissenschaftliche Weiterqualifikation erwartet. Im Gegensatz zu den individuellen StipendiatInnen sind die MitarbeiterInnen eng an den Lehrbereich gebunden, was Vorteile (Anbindung an die Scientific Community) und Nachteile (Dienstvorgesetzte/r & BetreuerIn sind zumeist dieselbe Person) haben kann. Viele WiMis kritisieren, dass sie häufig sehr viel für den Lehrstuhl oder das Forschungsprojekt arbeiten und zu wenig Zeit haben, sich ihrem Dissertationsprojekt zu widmen.
Eine weitere Gruppe bilden die individuellen StipendiatInnen von Begabtenförderwerken, anderen Stiftungen oder der Landesförderung (NaFöG). Darüberhinaus existieren Kollegstipendien, die eine Promotion in thematisch gebundenen, strukturierten Programmen ermöglichen (DFG, Exzellenzinitiative). Promotionsprogramme bieten eine gewisse Anbindung an die Infrastruktur ihres Institutes, sind meist thematisch gebunden und verfügen über ein zu absolvierendes Curriculum. Ein großes Problem für StipendiatInnen ist, dass sie sozialrechtlich nicht abgesichert sind und für fällige Beiträge (z.B. Krankenkasse bis zu 200 Euro monatlich) selbst aufkommen müssen. Diese Beträge können gerade für Promovierende mit Kindern, chronisch kranke DoktorandInnen, oder DoktorandInnen mit Behinderung zum Zünglein an der Waage werden. Darüber hinaus werden oft diejenigen Promovierenden übersehen, die ihren Lebensunterhalt anderweitig bestreiten (Berufstätigkeit außerhalb der Wissenschaft, Darlehen, Eltern). Sicherlich ist ein Einstieg ins wissenschaftliche Feld so der steinigste Weg, jedoch kann diese Art der Weiterqualifikation durchaus in anderen Branchen sehr wichtig sein.
An den wenigsten Hochschulen gibt es ein breit gefächertes und für alle DoktorandInnen offenes Angebot zur begleitenden Qualifizierung (Projektmittelakquise, Hochschuldidaktik, Arbeits- und Sozialrecht, spezielle Sprachkurse). Die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen hat bereits 2007 ein Konzept zur Etablierung offener und fakultäts- bzw. institutsübergreifender Graduiertenzentren veröffentlicht, welches für Promotionsinteressierte sowie für alle DoktorandInnen der jeweiligen Universität die Möglichkeit einer infrastrukturellen wie inhaltlichen Anbindung fordert.

Soziale Zusammensetzung

Die aktuelle Studie des Studentenwerkes zeigt, dass sich Studierende zum größten Teil aus Akademikerfamilien rekrutieren. Dieser Trend setzt sich auch bei der Promotion fort. Die Selektion findet besonders während der Übergänge vom Studium zur Promotion sowie der Promotion zur Postdoc-Phase statt. Diese Phasen sind finanziell meist nicht abgesichert und ohne Unterstützung kaum zu bewältigen.
Neben schichtspezifischen Selektionsmechanismen bewirken die Brüche auch einen Gendergap. Zwar waren 2007 ca. 42 % der Promovierenden weiblich, im Gegensatz dazu macht der Frauenanteil bei den Habilitationen lediglich 24 % aus. Darüber hinaus werden in Deutschland nur 16,2 % der Lehrstühle von Frauen besetzt.
Die Gründung einer Familie sowie die Pflege von Angehörigen kann die Promotionsphase für DoktorandInnen verlängern. Möglichkeiten einer finanzierten Teilzeitpromotion, bessere Unterstützungs- und Betreuungsangebote wären vielen Promovierenden in solchen Lebenslagen eine große Hilfe.
Als FachhochschulabsolventIn zu promovieren ist schwieriger, aber nicht unmöglich. Ob und wie man als DoktorandIn an einer Universität aufgenommen werden kann, ist stark hochschulabhängig. Nur wenige Fachhochschulen können Möglichkeiten zur Promotion oder die Möglichkeit eines Kollegs anbieten, da die Promotion als Forschungsleistung angesehen wird und damit in den Verantwortungsbereich der Universitäten fällt, wo sie sich als Alleinstellungsmerkmal der Universitäten institutionalisiert hat. Es ist daher völlig klar, dass nur ein geringer Anteil an FH-AbsolventInnen den Weg in die Promotion antritt. Wir fordern auch in diesem Zusammenhang einen transparenten Weg und die Abschaffung unnötiger Hürden.

Zugang zur Promotion – die Exposéphase

Im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich ist für die Promotion zum Teil ein ausführlicheres Exposé von Nöten, welches das Forschungsvorhaben, die Methode und den Zeitrahmen beschreibt (Umfang ca. 10 Seiten). Der „Doktorvater"/die „Doktormutter" unterstützt mit Gutachten die Bewerbung bei den Förderwerken. Es existieren jedoch keine Statistiken wie und mit welchem Grad an finanzieller sowie inhaltlicher Unterstützung AbsolventInnen diese Zwischenphase bewältigen. Berechnet man die Bearbeitungszeit, die Suche nach einem/einer BetreuerIn, die Begutachtung der ProfessorInnen und die Bewerbungsbearbeitungszeit für ein Stipendium, kann diese Phase durchaus ein Jahr beanspruchen.
Die Projektgruppe DoktorandInnen fordert daher ein breiteres Unterstützungs- und Beratungsangebot für Promotionsinteressierte, welches beispielsweise über Graduiertenzentren realisiert werden kann. Wir als GEW sind uns dieser Leerstelle bewusst und haben daher in diesem Jahr ein bundesweites TeamerInnen-Netzwerk institutionalisiert, welches ein Seminarangebot für Promotionsinteressierte und Promovierende bietet.
Last but not least: genau wie das Studium muss eine Promotion, ob individuell, mit Stipendium, extern oder innerhalb von Graduiertenschulen, gebührenfrei sein.

Jana Günther für die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen
Eine umfassendere Version dieses Textes mit weitergehenden Informationen und Links findest du unter www.gew-bass.de

Die 3. Wissenschaftskonferenz der GEW

Bologna zwischen Schwarzwald und Zwiebelkuchen

Bad Wildbad. Ein Kurpark, Bäderarchitektur, eine Schwarzwaldidylle. Die Lehrerbildungsakademie dort ist ein umgewidmetes Kriegsversehrten-Heim. Der Chefkoch gibt gern sein bewundertes Zwiebelkuchenrezept heraus. Das gesundheitsfördernde Ambiente kontrastiert heftig zum Programm der GEW-Wissenschaftskonferenz. Denn dort sezierten über 100 TeilnehmerInnen die von heftigem Fieber geschüttelte Bolognareform.

Das Bachelor-Studium macht krank“ betitelten die Süddeutsche und die Financial Times ihren Bericht über die Expertise, die vier junge WissenschaftlerInnen im Auftrag der GEW erarbeitet hatten und in Wildbad den WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Studierenden vorstellten. Sie beschreibt die Diskrepanz zwischen den hehren Zielen der Reform und ihrer verfehlten Umsetzung. Ja, man habe in der Studie auf die Stressbelastung durchs Studium und deren gesundheitlichen Folgen hingewiesen, sagt Klemens Himpele, einer der Autoren, aber einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Umstellung auf das konsekutive Studium habe man nicht hergestellt – das gibt das bisher vorliegende Material nicht her. Andere Kritikpunkte an der stümperhaften Umsetzung der Bologna-Ziele wiegen dagegen umso schwerer. Soziale Barrieren auf dem Weg zum Studium sind nicht abgebaut worden. Es ist zu befürchten, dass der Bachelor eine zusätzliche Hürde auf der akademischen Karriereleiter ist. Ein Beispiel: 54 % der Studierenden mit Bachelorabschluss sind Frauen, beim Master sind es nur noch 40 %, und bekanntlich werden auf dem Weg bis zur Habilitation noch mehr Frauen ausgesiebt. Die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und den Hochschulen ist in Deutschland nach wie vor schlicht katastrophal, stellt die Studie weiter fest. Während in England 15 % der Studierenden ohne formelle Hochschulzulassung, aber mit beruflichen Qualifikationen zum Studieren kommen, ist es an deutschen Universitäten gerade mal 1 %.

Die GEW unterstützt den Aufbau eines Europäischen Hochschulraums, wenn dieser tatsächlich die Förderung der Internationalisierung von Forschung, Lehre und Studium, die Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität von Studierenden und Hochschulbeschäftigten sowie die Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium vorantreibt.

Die GEW fordert die Aufhebung aller starren, inhaltlich nicht begründeten zeitlichen Vorgaben für die Studienreform. Ein Hochschulstudium muss kreatives Lernen fördern und darf nicht auf ein prüfungsorientiertes formales Abfragewissen reduziert werden.

Die GEW fordert eine uneingeschränkte Durchlässigkeit der neuen Studienstrukturen: Weder Quote noch Note dürfen die Zulassung zum Masterstudium beschränken.

aus dem wissenschaftspolitischen Programm der GEW

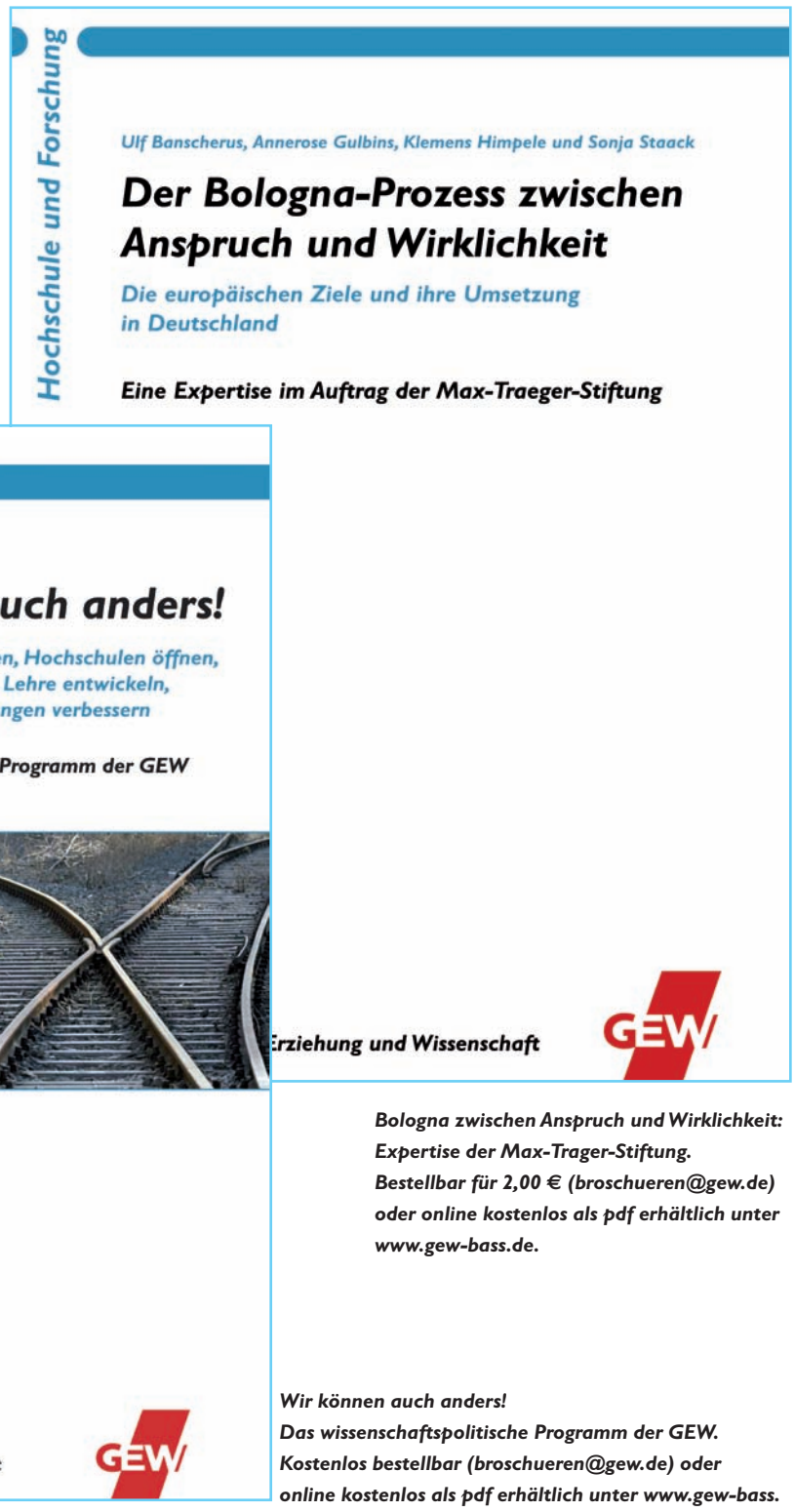
Mit dem Bachelor in den Beruf?

Ein anderes Ziel von Bologna ist die Beschäftigungsfähigkeit, die von den AkteurInnen ganz unterschiedlich verstanden wird. Zu Beginn der Reform erhofften sich viele Studierende vom Bachelor einen leichteren Berufseinstieg. Doch je mehr der neue Kurz-Studiengang etabliert wurde, desto mehr verloren Studierende ihr Vertrauen in die Arbeitsmarktfähigkeit des Bachelor. Und es bleibt die Angst, dass nicht alle, die den Bachelor erwerben, auch zum Masterstudium zugelassen werden. „Ich finde es nicht so schlimm, dass das Studium zweistufig ist“, meint Katrin Sauerwald. „Bei uns in Flensburg wollen die meisten Lehrer werden. Dazu braucht man den Master. Das Mindeste wäre dann, dass alle, die weitermachen wollen, auch einen Studienplatz bekommen. Doch das ist ungewiss. Diese Unsicherheit ist einfach eine Sauerei!“ meint sie.

Zugang zum Master

Sie ist zusammen mit zwei weiteren AStA-Mitgliedern aus Deutschlands nördlichster Uni nach Wildbad gekommen. Die drei sind erst vor ein paar Monaten mit dem Bildungsstreik neu in die Hochschulpolitik eingestiegen. Jannis Koch, einer von ihnen, findet die Konferenz nicht nur deshalb gut, weil er eine Menge Informationen bekommt, sondern „auch wegen der vielen Gespräche mit anderen Studierenden oder ehemaligen Studierenden. Wir werden uns mit ihnen künftig besser vernetzen.“

Nicht nur Andreas Keller, der Hochschulverantwortliche im Geschäftsführenden Vorstand der GEW, beruft sich auf die Zusage, die Bildungsministerin Annette Schavan anlässlich des Bildungsstreiks gab. Peter Greisler, der zuständige Abteilungsleiter aus dem Bundesbildungsministerium und Birger Hendriks, der Bologna-Beauftragte der Kultusministerkonferenz bekräftigen: nein, niemand wolle eine Beschränkung des Zugangs zum Master. Doch in der Diskussion zeigt sich: das Vertrauen der Studierenden, die zahlreich an der Konferenz teilnehmen, ist gering. An der einen Fakultät wurden einfach zehn Punkte von den vorherigen Studienleistungen nicht anerkannt, und dort wurde bemängelt, dass der Zuschnitt des Studiums nicht richtig gewesen sei, obwohl die geforderten 180 Kreditpunkte nachgewiesen wurden.



Bologna zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Expertise der Max-Trager-Stiftung. Bestellbar für 2,00 € (broschueren@gew.de) oder online kostenlos als pdf erhältlich unter www.gew-bass.de.

Wir können auch anders! Das wissenschaftspolitische Programm der GEW. Kostenlos bestellbar (broschueren@gew.de) oder online kostenlos als pdf erhältlich unter www.gew-bass.

Nicht Bologna sondern Bonn

Apropos Kreditpunkte: Nach wie vor ist es an vielen Hochschulen ein schier endloses Drama, Studienleistungen aus dem Ausland anerkannt zu bekommen. Kein Wunder, dass die Bologna-Bilanz in punkto Mobilität besonders mies ausfällt: Unter dem Diktat von Prüfungen und Belegpflichten bleibt fürs Auslandssemester keine Zeit. Das treibt absurde Blüten. In Frankfurt etwa müssen selbst die Anglistik- und Romanistik-Studierenden darauf verzichten, wenn sie keine Nachteile im Studium haben wollen. Selbst innerhalb Deutschlands sind Wechsel immer schwieriger. Hanna Thierau aus Flensburg studiert Sonderpädagogik im dritten Semester. Sie hat sich erkundigt, ob sie nach Leipzig wechseln könnte: keine Chance, da müsste sie von vorn anfangen und hätte ein Jahr verloren.

Für Amin Benaissa, den Sprecher des „BASS“ (Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW), ist die Sache klar: Keines der ursprünglichen Bologna-Ziele wurde erreicht. Bologna ist gescheitert, zumindest für die Studierenden: „Ich glaube, dass die falschen Akteure für die Umsetzung zuständig sind. Es macht auch keinen Sinn, noch 20 Jahre zu schimpfen, und es ändern sich nur Kleinigkeiten. Man sollte die Umsetzung in die Hände anderer legen, nämlich in die der Beschäftigten an den Hochschulen, der Studierenden und der Lehrenden.“

Andreas Keller zieht etwas andere Schlussfolgerungen: „Nicht Bologna ist gescheitert, sondern Bonn“, sagt er. Mit Bonn meint er die deutschen Akteure, „Stakeholders“, wie sie in der Bologneser Fachsprache heißen: Hochschulrektoren, Kultusminister, Bundesbildungsministerium und der Akkreditierungsrat. „Statt die Studienbedingungen zu verbessern, hat der Bologna-Prozess Studiengänge hervorgebracht, die oft nicht studierbar sind“, stellt er fest.

Gute Ideen an der Pinnwand

Daniela Pastors, eine 22-jährige Politikstudentin aus Münster, ist nach Wildbad gekommen, weil sie von Bologna persönlich betroffen ist. Sie ist nicht GEW-Mitglied. Sie stellt eine Pinnwand auf, damit dort alle ihre guten Ideen zur Reform des Lehrerstudiums verewigen können. Und damit die Konferenzmethodik ein wenig aufgelockert wird. Ja, sie haben in Münster im Bildungsstreik die vielen Macken bei der Bologna-Umsetzung kritisiert, das Computersystem, das ihnen Punkte und Prüfungen zuweist, die Zulassungsbeschränkungen für den Master, die geistlose Umsetzung, bei der nicht mehr über Inhalte des Studiums geredet wird. Das ist hier anders, sagt sie, und: „Das Schöne ist einfach, dass hier so viele unterschiedliche Menschen zusammenkommen, dass man sich auch außerhalb der Workshops und Seminare zusammensetzt und sich austauschen kann.“

Karl-Heinz Heinemann, freier Journalist

Arbeitsbedingungen an Hochschulen

…und wer hütet die Kinder?

In diesem Sommer haben KitaerzieherInnen wochenlang für angemessenere Löhne und einen besseren Gesundheitsschutz gestreikt. Im Juli endeten die Streiks mit einem erfolgreichen Abschluss für die Beschäftigten. Das Thema geht auch die Hochschulen an, denn an vielen gibt es mittlerweile Campus-Kitas. In Frankfurt am Main haben wir eine junge Erzieherin getroffen, die vom Streiksommer berichtet.

read.me: *Wie empfindest du die Arbeitsbedingungen an den Uni-Kitas?*
Maike Wahl: Ich hatte das Glück, bei einer Kita in freier Trägerschaft arbeiten zu können, mit einem offenen Konzept und größeren Freiheiten zum Beispiel bei der Erstellung von Bildungsplänen. Besonders diese Bildungspläne führen oft zu einer Verschulung mit richtigen Stundenplänen für die Kinder. Es gab in unserer Einrichtung 45 Kinder zwischen einem und sechs Jahren, die altersübergreifend in drei Gruppen eingeteilt wurden. Ich hatte also ein angenehmes Umfeld mit guten KollegInnen. Trotzdem sind die Arbeitsbedingungen in diesem Beruf hart. Kinder haben ein ständiges Aufmerksamkeitsbedürfnis. Ein hoher Stressfaktor verbunden mit einem extrem hohen Lärmpegel hat auch an unserer Einrichtung schon für mehrere Hörstürze gesorgt. Auch die Anforderungen sind hart und nahezu unmöglich ihnen gerecht zu werden, so gehört zum Job eben auch die Kooperation mit Vorklassen und SchulleiterInnen, viele Elterngespräche belasten zusätzlich. Das ist auch nicht unbedingt Teil der ErzieherInnen-Ausbildung, deshalb finde ich den Trend, die Ausbildung mehr an die Hochschule zu bringen, unheimlich wichtig. Er ist einfach eine sehr anstrengende Arbeit.
Fortbildungen sind so wichtig, können aber selten in Anspruch genommen werden, einfach weil man die KollegInnen nicht im Stich lassen möchte und schon gar nicht die Kinder. Es lastet ein ständiges Schuldbewusstsein gegenüber den Kindern auf uns, das natürlich auch immer wieder gezielt erzeugt wird. Es ist schwer, den Erwartungen der verschiedenen Akteure zu entsprechen: denen der Kommune, der Kinder, der Eltern und der KollegInnen.
Ein weiterer Aspekt ist natürlich die miese Bezahlung verbunden mit nahezu nicht vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten. Viele ErzieherInnen benötigen noch Nebenjobs, um über die Runden zu kommen. Für mich war diese Zeit ein absoluter Luxus: Nur ohne eine Familie ernähren zu müssen, konnte ich es mir leisten, als Erzieherin zu arbeiten.
Besonders erschreckte mich das erfüllte Klischee, dass sehr viele ErzieherInnen auf einen gut verdienenden Mann angewiesen sind.

read.me: *Was hast du für Erfahrungen beim diesjährigen Streik gemacht?*

Maike Wahl: Überrascht war ich von der großen Streikbereitschaft, was bei unserem Berufsstand ja selten ist. Wir stehen immer unter diesem Druck, den Kindern gerecht zu werden und das ist natürlich ein starkes Einschüchterungsmittel. Wir müssen doch an die armen Kinder denken, die wir im Stich lassen. Deswegen ist es unheimlich schwer, in einen Streik zu treten. Eine ganz neue Erfahrung habe ich durch die Spaltung der Beschäftigten erlebt: Da ich zwar bei einem von zahlreichen freien Träger beschäftigt war, die in Anlehnung an den öffentlichen Dienst bezahlen, aber nicht Teil der Tarifgemeinschaft sind, wurden wir von den Gewerkschaften nicht zum Streik aufgerufen. Auch meine KollegInnen waren nicht sehr enthusiastisch, so dass ich mich entschloss, mich mit meiner Kitagruppe an dem Streik zu beteiligen. Aus Solidarität bin ich dann gemeinsam mit einer Kollegin und 15 Kindern zur großen Kundgebung auf dem Frankfurter Römer gegangen. Das war eine tolle Erfahrung für uns alle und wir haben viel Spaß gehabt. Was mir dabei auch erst richtig bewusst wurde, war der niedrige Organisationsgrad der Gewerkschaften im ErzieherInnen-Bereich und dass dieser durch solche erfolgreichen Streiks wie dieses Jahr auch gesteigert werden kann. Je mehr von uns in die Gewerkschaften eintreten, umso besser können diese wiederum unsere Forderungen umsetzen.

read.me: *Würdest du dich wieder an einem Streik beteiligen?*

Maike Wahl: Ja selbstverständlich, das mache ich schon seit 27 Jahren .

read.me: *Vielen Dank, dass du dir die Zeit für das Gespräch mit uns genommen hast.*

Maike Wahl, 27 Jahre alt, aus Frankfurt am Main, schloss 2007 den Diplomstudiengang Sozialpädagogik an der Fachhochschule ab. Ihr Anerkennungsjahr absolvierte sie in einer städtischen Kindertagesstätte. Eineinhalb Jahre war sie anschließend an der Kindertagesstätte der Universität Frankfurt/M. tätig. Seit Oktober studiert sie in Marburg den Masterstudiengang Abenteuer- und Erlebnispädagogik. GEW-Mitglied ist sie seit 2006.

Das Gespräch führte
Amin Benaissa, Bundessprecher der Studierenden in der GEW

FAQ zum Auslandsstudium

Mobilität trotz oder wegen Bologna?

Ein Ziel des Bologna-Prozesses ist die Erleichterung studentischer Mobilität in Europa – die Realität sieht hingegen anders aus: Seit der Einführung von Bachelor und Master geht die Zahl deutscher Studierender, die einen Studienabschnitt im Ausland verbringen, zurück.

Ist ein Auslandsstudium in den Bachelor- und Masterstudiengängen überhaupt ohne Studienzeitverlängerung möglich?

Die Antwort ist ganz klar „ja“, vorausgesetzt, man kümmert sich rechtzeitig darum und stellt seine Module entsprechend zusammen. Diese müssen dann in ein so genanntes „ECTS Learning Agreement“, das verbindlich die Anrechnung der im Ausland erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen regelt, eingetragen werden. Dieses „Learning Agreement“ muss dann von den zuständigen Stellen an der Heimat- und der Gasthochschule unterschrieben werden. Wenn die Prüfungen an der Gasthochschule bestanden sind, sollte die Anrechnung der Leistungen an der Heimathochschule, auf die ihr dann einen Rechtsanspruch habt, nur noch eine Formalität sein. Kommt es dennoch zu Schwierigkeiten, kann die Anerkennung der Leistungen (für GEW-Mitglieder mit GEW-Rechtsschutz) auch eingeklagt werden.
Das wichtigste Mobilitätsprogramm in der Europäischen Union ist das ERASMUS-Programm, in dessen Rahmen Ihr Studien- oder Praxisaufenthalte in einem Staat der „EU-31“ (also in allen EU-Staaten – außer Deutschland – plus Norwegen, Liechtenstein, Island und der Türkei) durchführen könnt. Teilnahmeberechtigt sind alle Studierenden, die die Staatsbürgerschaft einer dieser Staaten haben oder dauerhaftes Aufenthaltsrecht genießen. Ab dem 3. Semester könnt Ihr am ERASMUS-Programm teilnehmen; bezogen auf das gesamte Studium (also Bachelor und Master) dürft Ihr im Rahmen von ERASMUS ein Auslandsstudium und ein Auslandspraktikum machen (Dauer jeweils 3 bis 12 Monate). Um entstehende Mehrkosten abzufedern, gibt es einen EU-Zuschuss in Höhe von bis zu 300 EUR monatlich für Studienaufenthalte und von bis zu 400 EUR monatlich für Praxisaufenthalte. Übrigens werden ERASMUS-Zuschüsse nicht auf Leistungen nach dem BAföG angerechnet, es gibt sie zusätzlich ohne Abzüge. Außerdem sind ERASMUS-Studierende an ihrer Gasthochschule von eventuell anfallenden Studiengebühren befreit.

Wie bekomme ich einen der begehrten ERASMUS-Studienplätze?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht ganz einfach, da es an jeder Hochschule anders. Auf jeden Fall gibt es eine/n ERASMUS-HochschulkoordinatorIn, meist im „International Office“ (Internationales Büro, Auslandsamt, ...) angesiedelt, wo Ihr zumindest erfahren könnte, wie es läuft und an wen Ihr Euch ggf. in der Fakultät oder im Studiengang wenden könnt. Sollte die zuständige Person dann versuchen, Euch abzuschrecken, dürft Ihr nicht aufgeben! Motivation ist alles, und ein Weg findet sich immer.

Wann sollte ich mich entscheiden, einen Teil meines Studiums im Ausland zu verbringen?

Da die neuen Studiengänge recht kurz sind, sollte man sich so früh wie möglich umfassend informieren. Besonders da der beste Zeitpunkt für einen Auslandsaufenthalt in jedem Studium unterschiedlich ausfallen kann, ist eine längere Planungsphase immer günstiger.
Notfalls sucht Ihr Euch auf der Europa- oder Weltkarte eine Hochschule aus, an der Ihr für ein Semester oder Jahr studieren wollt, lasst Euch beim „International Office“ zu Fördermöglichkeiten beraten (innerhalb Europas gibt es für solche Fälle „Free-Mover-Stipendien“, anfallende Studiengebühren werden weltweit bis zu bestimmten Höchstsätzen vom BAföG-Amt übernommen, ...), bereitet ein „Learning Agreement“ vor und bewerbt Euch bei der Hochschule Eurer Wahl. Ein bisschen aufwändiger als ERASMUS, aber mindestens genau so gut. Mobilität ist möglich – trotz Bologna!

Thomas Hoffmann
ist Referent für Intrernationales
an der FH Nordhausen
und ERASMUS-Experte des DAAD
(Deutscher Akademischer Austauschdienst)

Trotz schlechter Rahmenbedingungen engagieren wir uns

Yes We Can!

Ehrenamtliches Arbeiten bedeutet in der Regel, dass Zeit unvergütet investiert wird. Studierende überlegen sich aber gerade bei erhöhtem Zeitdruck während des Studiums, ob ein Wochenende für den Nebenjob, die Uni-Bib oder für ein Vernetzungstreffen die bessere Entscheidung ist.

Durch Bologna haben sich die Rahmenbedingungen weiter verschlechtert: die straffen Zeitpläne und das verschulte Studium schmälern die Freiräume im studentischen Leben für politisches und gesellschaftliches Engagement.

Gerade deshalb ist der Kampf zur Rückeroberung geistiger, politischer und sozialer Freiräume an den Hochschulen wichtiger denn je! Das kann in der studentischen Selbstverwaltung, zum Beispiel am eigenen Fachbereich, recht schnell zu Verbesserungen und anderen Erfolgserlebnissen führen.

Hochschulen im Wandel

Warum sollen wir Studierenden an den Hochschulen all die Missstände hinnehmen, und uns zu durchverwalteten HochschülerInnen degradieren lassen?
So gibt es an jeder Hochschule mehr oder minder schwere Verfehlungen im Bereich des Datenschutzes, nicht erst seit Einführung der neuen Verwaltungssoftware oder der Chipkartensysteme. Ein müdes „Ich kann ja eh nix ändern“ oder „Ich will nur so schnell wie möglich durchkommen und nehme alles hin“ dient nicht deiner Selbstverwirklichung! Im Gegenteil: diese Haltung kann die potentiell schönste Zeit deines Lebens zu einem Lebensabschnitt degradieren, in dem es rein um das Erbringen von Prüfungsleistungen geht.

Doch das muss nicht sein!

Auch an deiner Hochschule gibt es viele kritische Menschen, denen die Verhältnisse nicht passen und die sich nicht alles gefallen lassen. Du findest sie meist in der studentischen Selbstverwaltung und anderen Gruppen an deiner Hochschule, in denen eigenes Denken möglich und erwünscht ist.

GEW-Netzwerk nutzen

Bei all diesen Bemühungen kann die Bildungsgewerkschaft GEW dir mit ihrem Netzwerk eine Stütze sein. Ob in der Hochschulgruppe deiner Uni oder in den Landesausschüssen der Studentinnen und Studenten in der GEW (LASSe) – hier sind AnsprechpartnerInnen für dich vorhanden. In den letzten Jahren hat sich in der GEW ein Wechsel hin zu mehr Toleranz und solidarischer Unterstützung studentischer Ideen und Wünsche abgezeichnet, auch wenn diese nicht tradierten Gewerkschaftsnormen entsprechen. Soll heißen, die Bedingungen für das Engagement von Studierenden in der GEW haben sich verbessert. Vor allem als Netzwerk für kritische Wissenschaft und kritische Studierende bieten sich enorme Möglichkeiten, dabei gilt ein altes gewerkschaftliches Motiv: Gemeinsam sind wir stärker!

Amin Benaissa und Ana Orias Balderas, SprecherInnenteam des Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS)

Studentisches Engagement neben dem Bachelorstudium

Organisationen unter Anpassungsdruck

Alle Organisationen merken zurzeit, dass das ehrenamtliche Engagement von Studierenden nachlässt. Die neue Bachelor-Generation hat einen größeren Workload im Studium zu bewältigen und hat dann noch neben dem Jobben kaum mehr Zeit für ein Ehrenamt. Im Mai dieses Jahres hat die Mitgliederversammlung des Forums Hochschule und Kirche ein vielbeachtetes Thesenpapier zum ehrenamtlichen Engagement unter den Bedingungen der neuen Studienstruktur diskutiert. Willi Junkmann, Bildungsreferent beim Forum Hochschule und Kirche hat sich Zeit für ein Gespräch mit der read me genommen.

read.me: *Welches sind die besonderen Rahmenbedingungen für studentisches Engagement?*

Willi Junkmann: Zunächst sollte man sich vor Augen halten, dass bei Studierenden im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen die Bereitschaft zum Engagement immer noch stark vorhanden ist. Geändert hat sich aber auch für Studierende der Zugang zum Engagement. Engagement begründet sich nicht mehr in erster Linie aus der Einbettung in ein vorgelagertes und wertebildendes Sozialmilieu, sondern aus individuellen und lebenslaufabhängigen Entscheidungen. Das bedeutet auch für Studierende eine Befristung und jederzeitige Revidierbarkeit des Engagements, wenn sich die Situation geändert hat. Entscheidend ist eine „biographische Passung“. In Hinblick auf den größeren Workload im Bachelorstudium heißt das, dass die Entscheidung für ein Engagement unter dem Druck der Zeitressourcen noch bewusster fällt. Ich gehe davon aus, dass nicht die Bereitschaft zum Engagement sinkt, sondern die Anforderungen an die Rahmenbedingungen bei den Organisationen sich verändern müssen.

read.me: *Wie ist in diesem Zusammenhang ihre These zu verstehen „Eine Gemeinde, die Probleme hat, ehrenamtliches studentisches Engagement zu mobilisieren und einzubinden, ist selbst das Problem“?*

Willi Junkmann: Für eine Hochschulgemeinde trifft oft wie für andere Organisationen und Gruppen zu, dass sie bestimmte Zielsetzungen verfolgt, konkrete Aufgaben zu erfüllen hat. Ein Studierender, der sich engagieren möchte, orientiert sich zunächst an seinen eigenen Interessen, Kompetenzen und Ressourcen – Stichwort „biographische Passung“ – und dies deckt sich nicht immer mit den Aufgaben, die in der Organisation als besonders drängend angesehen werden und für die man engagierte Personen sucht.

read.me: *Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?*

Willi Junkmann: Ich glaube, dass die Organisationen gefordert sind, genau hinzuschauen, welche Aufgabenfelder für ein studentisches Engagement attraktiv sind. Organisationsziele und -aufgaben allein sind noch nicht von sich aus motivierend. Wir müssen uns daher immer selbst vergewissern, wofür stehen wir und dies gilt es zu kommunizieren. Wir müssen nicht nur deutlich machen, dass für uns studentisches Engagement wichtig ist, sondern vor allem, welche Chancen ein Engagement für die Studierenden selbst hat.

read.me: *Gibt es einen Rat, den Sie der GEW in Bezug auf das ehrenamtliche Engagement von Studierenden geben können?*

Willi Junkmann: Es steht mir nicht zu, der GEW einen Rat zu geben, aber ich bin sicher, dass sich die Herausforderungen in allen Organisationen mit festeren Strukturen ähnlich stellen. Wir müssen in einem dauernden Prozess der Selbstreflexion uns überprüfen, ob wir den berechtigten Interessen der Studentinnen und Studenten gerecht werden. Man muss die durch den Bolognaprozess bewirkten Veränderungen auch im Blick auf die Möglichkeiten des studentischen Engagements kritisch sehen. Das darf uns nicht dazu verleiten, an einem Bild von einem engagierten Studierenden festzuhalten, der bereitwillig anstehende Aufgaben in der Hochschulgemeinde, in der GEW für die Dauer seines Studiums auf sich nimmt. Ich bleibe dabei, fehlendes studentisches Engagement ist ein Problem der Organisation. Dort sind Lösungen zu entwickeln, damit Studierende für ein Engagement motiviert werden.

read.me: *Vielen Dank für das Gespräch!*

Das Gespräch führte Brigitte Eschenbach, Referentin im Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim GEW Hauptvorstand.

23. Plakatwettbewerb „Elite! Für alle?“ des Deutschen Studentenwerks 2008/2009.
Hier der 3. Preis, „je goldener Löffel, desto Elite“, Stefan Schaubitzer, Berliner Technische Kunsthochschule

„Studierende für Studierende“

Engagierte Studierende gesucht! Das Deutsche Studentenwerk (DSW) will Studierende auszeichnen, die sich besonders für ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen einsetzen. Bis zum 9. Januar 2010 können Studierende oder studentische Teams für einen „Studentenwerkspreis für besonderes soziales Engagement“ nominiert werden.
Den Bundeswettbewerb „Studierende für Studierende: Studentenwerkspreis für besonderes soziales Engagement“ lobt das Deutsche Studentenwerk alle zwei Jahre aus; er wird mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt. Für den Studentenwerkspreis können engagierte Studierende aller staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland vorgeschlagen werden; eine Eigenbewerbung ist hingegen nicht möglich.

Weitere Informationen und Formular zur Nominierung: http://www.studentenwerke.de

BAföG – 21. Auflage, November 2009

GEW-Handbuch für SchülerInnen und StudentInnen, mit Gesetzestexten, Berechnungsbeispielen, Musterbriefen und vielen Tipps, 240 S., € 14,90, ISBN 978-3-89472-286-9

Die übersichtliche Gestaltung stellt Wesentliches heraus und erlaubt noch schnelleren Zugriff auf relevante Informationen. Inhaltlich ist die Neuauflage auf dem neuesten Stand und berücksichtigt die aktuellen Förderungs- und Freibeträge.

Es muss nicht nur BAföG sei

Studierende und Hartz IV – Sozialleistungen für Studierende

Lange Zeit waren von den Fragen der Finanzierung des Studiums hauptsächlich ausländische Studierende, BAföG-EmpfängerInnen oder Studierende mit Kind betroffen; seit der Einführung von Studiengebühren kämpfen fast alle damit.

BAföG kennen alle, aber welche Sozialleistungen können Studierende noch beanspruchen?

Hartz IV für Studierende

Die Chance, Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (SGB II), umgangssprachlich Hartz IV zu erhalten, ist tatsächlich sehr gering. Denn grundsätzlich sind Studierende davon ausgeschlossen, weil ihre Ausbildung mit Ausnahme von Teilzeitstudiengängen eine förderungsfähige nach dem BAföG ist. Die tatsächliche Nichtförderung ist unerheblich. Es wird erwartet, dass Studierende durch gelegentliche Nebentätigkeiten ihren Lebensunterhalt mit abdecken.

Ausnahmsweise können bei Vorliegen eines besonderen Härtefalls vorübergehend Leistungen als Darlehen gewährt werden. Dies trifft vor allem zu, wenn BAföG-Leistungen bei Studienbeginn unverschuldet noch nicht geleistet werden oder kurz vor Ende des Studiums weggefallen sind und dadurch die Ausbildung insgesamt gefährdet ist oder bei allein Erziehenden, die neben dem Studium nicht arbeiten können, ohne ihr Kind zu vernachlässigen.

Im Unterschied dazu haben Studierende Ansprüche auf Mehrbedarfe nach SGB II/XII als Zuschuss. Dazu zählen vor allem die für Schwangerschaft und alleinige oder überwiegend alleinige Erziehung von Kindern sowie krankheitsbedingte Mehraufwendungen für kostenaufwendige Ernährung. Bei gleicher abwechselnder Betreuung von Kindern getrennt lebender Eltern haben diese Anspruch auf den hälftigen Mehrbedarf. Zuständig sind die Arbeitsgemeinschaften nach dem SGB II, die je nach Stadt „ARGE“ oder „Jobcenter“ heißen.

Wohnkostenzuschuss nach SGB II

Studierende mit BAföG, die noch zuhause wohnen, können auf Antrag bei der zuständigen ARGE bzw. Jobcenter ihre ungedeckten Unterkunftskosten erhalten, wenn die Eltern diesen nicht tragen können. Welche Kosten ungedeckt sind, entscheidet das Amt oft zuungunsten der Studierenden, da trotz anders lautender Gerichtsentscheidungen der fiktive ALG II-Bedarf (Arbeitslosengeld II-Bedarf) statt des BAföG-Bedarfs zugrunde gelegt wird. Zudem wird auf einen Wohngeldanspruch verwiesen, dessen Leistungen weitaus geringer sind. Wohngeld und Wohnkostenzuschuss schließen sich aus. Dadurch ist die Bedeutung in der Praxis leider relativ gering.

Wohngeld

Anspruch auf Wohngeld haben Studierende, die dem Grunde nach keinen Anspruch auf BAföG (mehr) haben, BAföG als Bankdarlehen beziehen oder mit Familienmitgliedern zusammen wohnen, die nicht Leistungen nach SGB II/XII beziehen. Studierende mit BAföG, die allein wohnen, erhalten kein Wohngeld.

Zum Erhalt müssen die Studierenden MieterInnen von Wohnraum sein (auch im Wohnheim oder als UntermieterInnen mit Vertrag in einer WG) und ein Mindesteinkommen nachweisen. Letzteres ist bei geringem Verdienst oft schwierig, kann jedoch auch durch kostenlose Sachleistungen oder Darlehen erbracht werden. Weiterhin darf das Elternhaus nicht mehr Mittelpunkt der Lebensbeziehungen sein. Auch ausländische Studierende können Wohngeld beantragen.

Ein Antrag lohnt sich!

Andrea Tichy, Mitglied der GEW-Projektgruppe Studentische Sozialpolitik und Rechtsreferendarin in Potsdam

Die GEW gratuliert: Vor 90 Jahren wurde in Dresden das erste Studentenwerk gegründet

Selbsthilfe und Solidarität – Studentenwerke in Deutschland

Die soziale Betreuung der Studierenden fängt nicht erst mit der Gründung der Studentenwerke nach dem ersten Weltkrieg an, als viele Studenten durch Kriegs- und Inflationsfolgen verarmt waren.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick zeigt, dass sich bereits im Mittelalter die Hochschulen mit den wirtschaftlichen Grundlagen des Studiums auseinandersetzten. So gab es damals sowohl private Wohltätigkeit als auch öffentliche Mittel für Stipendien und die Krankenversorgung. Bereits 1817 wurde in Halle eine „Akademische Krankenkasse“ gegründet. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sorgten ministerielle Anordnungen dann dafür, dass die Hochschulen die soziale Fürsorge für Studierende wahrnahmen. Neben den Hochschulen organisierten vor allem die Studierenden diese Hilfsangebote. So wurde von ihnen 1870 in Berlin eine studentische Darlehenskasse gegründet. In Leipzig setzten sich die Studierenden für Preisermäßigungen ein und richteten später ein Arbeitsamt und ein Bücheramt zur Beschaffung verbilligter Bücher ein. 1910 gründeten sie ein Wohnungsamt. In den folgenden Jahren übernahmen allerdings immer öfter die Hochschulen diese Aufgaben. 1921 schlossen sich die lokalen studentischen Selbsthilfevereine und akademischen Hilfswerke zur Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e.V. zusammen, der Vorläufer des dann 1929 gegründeten Deutschen Studentenwerkes e.V. (DSW).

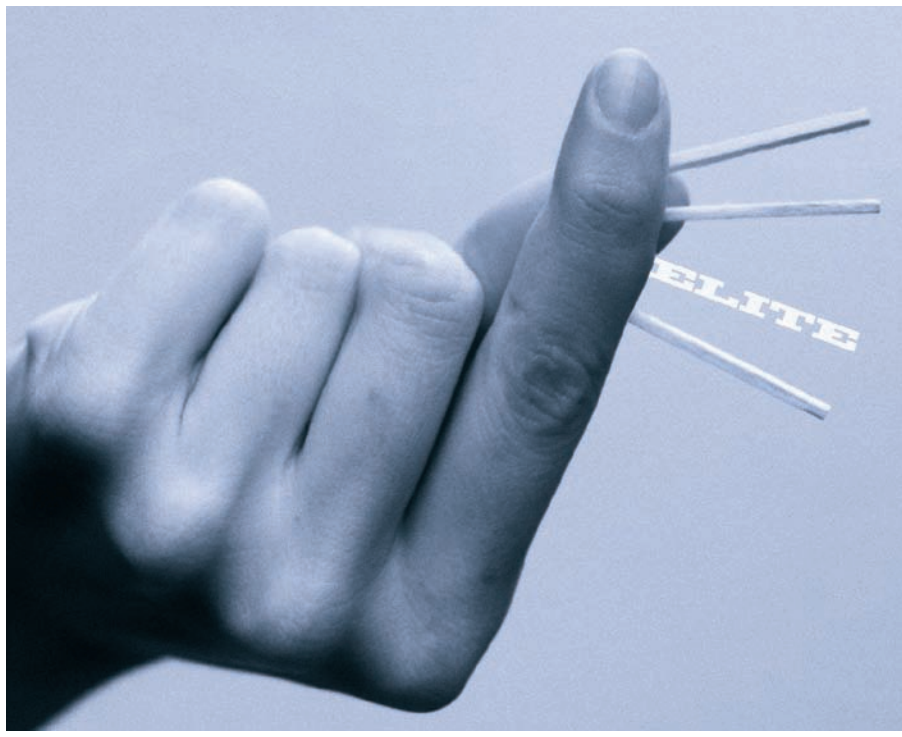
Neuanfang 1945

1933 wurde das DSW als Reichsstudentenwerk in eine reichsunmittelbare Anstalt des öffentlichen Recht überführt, der neu geschaffenen Reichsstudentenführung unterstellt und den politischen Zielen des NS-Regimes unterworfen, die örtlichen Studentenwerke wurden zu weisungsgebundenen Zweigstellen degradiert.

Nach dem zweiten Weltkrieg gründeten sich die örtlichen Studentenwerke als eingetragene Vereine oder Stiftungen neu und schlossen sich zu zunächst einem lockeren Dachverband zusammen, der 1956 wieder den alten Namen Deutsches Studentenwerk e.V. annahm. Die Studentenwerke wurden mit der Abwicklung der allgemeinen Studienförderung betraut, zunächst nach dem Honnefer Modell anschließend mit BAföG und seit 1960 mit dem Bau von Studentenwohnheimen. Zunehmend erhielten die Studentenwerke öffentliche, finanzielle Zuschüsse und verloren mehr und mehr ihren Charakter als studentische Selbsthilfeeinrichtung. Dagegen wandten sich der damalige Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und forderten, die Studentenwerke (wieder) stärker in die Obhut der Studierendenschaften bzw. der Hochschulen zu überführen.

Sozialpolitische Interessenvertretung

Ende der 1960er Jahre lösten sich die „Hilfswerke“ auf und führten als Anstalten des öffentlichen Rechts ihre Arbeit fort. Die Studentenwerke waren zu Trägern staatlicher Leistungsverwaltung geworden. Als eigene Aufgabe ist den Hochschulen nur die Mitwirkung an den Betreuungsmaßnahmen der Studentenwerke geblieben. So sind die Hochschul- und Studierendenvertretungen ausschließlich oder mit Mehrheit in den Gremien der Studentenwerke repräsentiert. Sie bestimmen die Entwicklung und die Ziele der Arbeit und setzen die Richtlinien für die Geschäftsführung. Letztlich übt das jeweilige Bundesland durch Art und Umfang der finanziellen Förderung entscheidenden Einfluss auf die Arbeit der örtlichen Studentenwerke aus. Neben diesen öffentlichen Mittel werden die Studentenwerke aus den Sozialbeiträgen der Studierenden finanziert und immer stärker aus den erzielten Umsätzen z. B. aus Einnahmen in der Mensa oder Mietbeiträge.



23. Plakatwettbewerb „Elite! Für alle?“ des Deutschen Studentenwerks 2008/2009. Hier der 1. Preis, „Zieh' einfach“ von Henning Kreitel, Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart.

Das DSW versteht sich auch als sozialpolitische Interessenvertretung der Studierenden. Besonders bekannt ist es für seine seit 1952 alle drei Jahre erscheinende Sozialerhebung zur „wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland“. Sie bildet die Grundlage für einen großen Teil im Bereich der studentischen Sozialpolitik.

Sabine Kiel ist stellvertretende GEW-Vorsitzende in Niedersachsen und arbeitet als Öffentlichkeitsreferentin im Studentenwerk Hannover

Studierende in der Gewerkschaft

Wer ist die GEW ? Und was hat das mit mir zu tun ?

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist die Bildungsgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Sie vertritt besonders Arbeitnehmer in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen, aber auch die Studierenden aller Fachrichtungen sowie wissenschaftliche und studentische Mitarbeiter an Hochschulen.

Zweck und Aufgabe der GEW sind die Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessen ihrer Mitglieder, der Ausbau der Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Erziehung und Wissenschaft. Über 250.000 Mitglieder werden direkt von der GEW vertreten.

Studis in der GEW

Die GEW vertritt die sozialen und materiellen Interessen der Studierenden und unterstützt unsere Forderungen nach einer wissenschaftlich hochwertigen Berufsausbildung und einer Verbesserung unserer Berufsaussichten.
Die GEW-Studis treten für eine gerechtere Bildungs- und Hochschulpolitik ein, für eine demokratische Hochschule, gegen Diskriminierung von Minderheiten und staatliche Repression.
In den Landesausschüssen der Studentinnen und Studenten in der GEW (LASSe) findet ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch unter den aktiven Studierenden statt. Die Akteure berichten von der Situation und Aktionen an ihren Hochschulen und planen gemeinsame Vorhaben wie z.B. Workshops, Seminare und Infoveranstaltungen. Somit ist die GEW Anlaufstelle für viele engagierte und interessierte Studis, die sich nicht passiv in ihr Schicksal fügen möchten. Jeder kann mit eigenen Ideen und Initiativen die Arbeit der GEW und das „Leben an der Hochschule“ verbessern. Auch Du! Ob in der GEW-Hochschulgruppe deiner Uni oder in deinem LASS: Du kannst dich überall einbringen. Die LandessprecherInnen der GEW-Studis sind hier deine AnsprechpartnerInnen und informieren dich gerne über aktuelle Aktionen und Termine in deinem Bundesland.
Werde aktiv und sei dabei!

Ana Orias Balderas,
Sprecherin des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

„Wer ist der BASS?“

Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) ist das bundesweite Sprachrohr der GEW-Studis und vertritt sie nach außen sowie innerhalb der GEW. Der BASS gestaltet die Studierendenzeitung read me mit und vernetzt die Arbeit der GEW-Studis der Bundesländer.

www.gew-bass.de

Foto: Andreas Staets

Januar bis März 2010

GEW Seminare für Studentinnen und Studenten

Die Seminare richten sich an Studierende, die die GEW kennen lernen und an diejenigen, die sich für ihre hochschulpolitische Arbeit schulen wollen sowie an Kolleginnen und Kollegen, die sich in der GEW-Studierendenarbeit engagieren.

Zur Beratung ausländischer Studierender – Von A wie Arbeitserlaubnis bis Z wie Zulassung
29. – 31. Januar 2010 in Würzburg
Das Seminar schult die AusländerreferentInnen für die Beratung ausländischer Studierender. Eingegangen wird auf die aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtliche Situation ausländischer Studierender, auf Zulassungsregelungen und Anerkennungen ebenso wie u.a. auf rechtliche Aspekte der Studienfinanzierung.

Professionell beraten – Ein sozialpolitisches Schulungsseminar für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen
19. – 21. Februar 2010 in Hamburg
Es werden Problembereiche behandelt, die die TeilnehmerInnen aus der BAföG- oder Sozialberatung aktiv mitbringen. Darüber hinaus gehen wir in der Gruppe BAföG-Beratung ein auf: Vermögensanrechnung und Vorausleistungsverfahren, in der Gruppe Sozialberatung auf: Leistungen für Studierende mit Kind und Wohngeldanspruch für Studierende.

Eine Ausbildungsförderung für alle – Ein sozialpolitisches Grundseminar für BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen
25. – 28. März 2010 in Marktbreit
Das Seminar informiert zur Ausbildungsförderung/Sozialrecht und ihren gesetzlichen Grundlagen. Anhand konkreter Fälle aus der BAföG-Beratung und der allgemeinen Sozialberatung wird in parallelen Gruppen dazu geschult. Behandelt wird ebenfalls die Einbindung der Sozialberatung in die AStA-Arbeit und die Anforderungen an ein Beratungsgespräch.
Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW übernimmt die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und für An- und Abreise (DB 2. Kl., abzügl. 10% Rabatt). Für die mit Für die Seminare wird eine Teilnahmegebühr von 75,– Euro erhoben.

Informationen bei:
Brigitte Eschenbach,
Hauptvorstand der GEW,
Tel. 069/78973-313,
brigitte.eschenbach@gew.de

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 900409
60444 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 7 89 73 – 0
Fax.: 069 / 7 89 73 – 201
Email: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:
Brigitte Eschenbach,
Andreas Keller (verantwortlich),
Christian Kirchert, Ana Orias Balderas

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144,
60439 Frankfurt

Druck: apm AG, Darmstadt

November 2009

Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Bundesland

LASS Baden-Württemberg
lass@gew-bw.de
www.gew-bw.de/Studium_4.html

LASS Bayern
sarah.alheli@bayern.gew.de

LASS Berlin
lass@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de/lass.htm

LASS Brandenburg
lass@studiberatung-potsdam.de
www.studiberatung-potsdam.de

LASS Bremen
www.gew-hb.de/
Studis_in_der_GEW.html

LASS Hamburg
studis@gew-hamburg.de
www.gewstudis.blogsport.de

LASS Hessen
studierende@gew-hessen.de

LASS Mecklenburg-Vorpommern
(über den Landesvorstand)
landesverband@mvp.gew.de
www.gew-mv.de

LASS Niedersachsen
lass@gew-nds.de
www.gew-niedersachsen.de/lass

LASS Nordrhein-Westfalen
lass.nrw@gmx.de
www.gew-nrw.de

LASS Rheinland-Pfalz
lass@gew-rlp.de

LASS Saarland
jungegew@gew-saarland.de
www.junge-gew-saarland.de

LASS Sachsen
lass@gew-sachsen.de

LASS Sachsen-Anhalt
lass@gew-lsa.de

LASS Schleswig-Holstein
info@gew-hsg.uni-kiel.de
www.gew-hsg.uni-kiel.de

LASS Thüringen
lass@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de/
Studierende_LASS.html